

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 14

Donnerstag, den 6. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Gefallene Flieger. Nach einer Aufstellung des Lokalanzeigers starben allein in der Fliegertruppe im Felde 2857 Offiziere, 3047 Unteroffiziere und Mannschaften; in der Heimat 584 Offiziere und 1378 Unteroffiziere und Mannschaften. — Meistens handelt es sich um tödliche Abstürze, die infolge schlechten Materials besonders in der letzten Kriegsperiode immer häufiger wurden.

Anwachsen der englischen Arbeiterpartei. Wie das Reutersche Bureau aus London meldet, gewinnt die Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen in London und in der Provinz schnell an Boden. In mehreren Londoner Kreisen wird die Arbeiterpartei über eine große Mehrheit verfügen. Nach den bisher vorliegenden Berichten hat sie bereits 348 Sitze erobert. Die Konservativen erhielten 385, die Liberalen nur 65 Sitze. Bekannte Führer der Arbeiterpartei ziehen aus den großen Erfolgen der Partei bei den Gemeinderatswahlen in ganz England den Schluß, daß die Arbeiter bei den nächsten Parlamentswahlen wahrscheinlich die Regierungsmacht in ihre Hände bekommen werden.

Daily Mail meldet, daß bei den Londoner Gemeinderatswahlen bereits 35 Frauen gewählt sind. Bei den Wahlen in der Provinz hat die Arbeiterpartei bereits 170 Sitze errungen.

Massenmörder Marloh. Wie die Berliner Freiheit erfährt, ist gegen Leutnant Marloh wegen der Erschießung von 32 unschuldigen Matrosen in der Französischen Straße in Berlin Anklage wegen Mordanschlags erhoben worden. Die Verhandlung soll, wenn sie nicht noch in letzter Stunde verteidigt werden sollte, bald stattfinden. Marloh wird vor einem Militärgericht erscheinen, also als Richter seine eigenen Kameraden finden. Wer wollte daran zweifeln, daß die Gerechtigkeit bei ihnen in besten Händen ist?

Von Haases Krankenlager. Das Befinden unseres Genossen Haase ist so schlecht, daß täglich mit dem Schlimmsten gerechnet werden muß. Die Widerstandsfähigkeit des 56 Jahre alten Mannes ist durch die Dauer der Krankheit und die Anstrengungen der Operation sehr vermindert. Da Blutvergiftung hinzugekommen ist, wurde eine Silberinjektion zur Abtötung der Bazillen vorgenommen. Die Temperatur stieg auf 40,2; doch ist das Fieber mittlerweile abgeklaut. Trotzdem ist keine Besserung im Befinden Haases eingetreten.

Zabern-Reuter avanciert. Der aus der Zabernaffäre vom Pandurenkeller her bekannte Generalmajor z. V., frühere Oberst von Reuter hat den Charakter als Generalleutnant erhalten. Hat der Herr sich auch nicht träumen lassen, daß er sogar noch in der Republik avancieren würde. Vielleicht taucht auch noch Eulenburg aus der Verbanntung auf.

Ende des Streiks am Niederrhein. Belgische Zeitungen melden: Der Streik der Metallarbeiter, Bergleute und Eisenbahner in der vierten Zone wurde auf Grund von Unterhandlungen der Befugungsbehörde mit den Arbeiterdelegierten beigelegt.

Ueberfälle auf englische Polizeistationen. Die Londoner Zeitungen berichten aus Irland: Nächtllicher Weile griff eine Schar Bewaffneter, die in einem Automobil herbeigeeilt waren, die Polizeistation von Bismill in der Grafschaft Wick an. Einer der Beamten, welche die Station verteidigten, wurde getötet. Auch die Polizeistation von Baltimore wurde in derselben Nacht überfallen, wobei ebenfalls ein Polizeibeamter erschossen wurde. Die Angreifer sind in beiden Fällen entkommen.

Die Gliederungen des neuen Militarismus. Nach einer Verfügung des Reichswehrministeriums heißen die Mannschaften der Infanterie-Regimenter und -Bataillone Grenadiere, Jägerbataillone Jäger, Schützenregimenter und -bataillone Schützen, Kavallerie Reiter, Maschinen-gewehrformationen Schützen, Artillerie, Minenwerferformationen Kanoniere, Fahrer, Pionierformationen Pioniere, Kraftfahrtruppen Kraftfahrer, Nachrichtentruppen Funker, Fahrtruppen (Trains) Fahrer, Sanitätskompanien Sanitätsoldat.

Eberts Flagge. Das Marine-Verordnungsblatt bringt einen Erlaß über die Flagge des Reichspräsidenten (Reichsflagge mit Adlerchild in der Mitte), die Flagge des Reichswehraministers (Reichsflagge mit Eisernem Kreuz in der Mitte) und die Reichskriegsflagge in deren bisheriges Muster der neue Reichsadler in der Mitte und die Reichsflagge mit Eisernem Kreuz in der inneren oberen Ecke aufgenommen sind. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichskriegsflagge bleibt vorbehalten. — Heil uns! Es ist erreicht.

62 Personen verurteilt. Wie aus Saarbrücken berichtet wird, verurteilte das französische Kriegsgericht neuerdings 62 Personen, darunter sehr viele Frauen, die während des letzten Streiks festgenommen worden waren, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus und 39 Jahren Gefängnis. Außerdem wurden acht Ausweisungsbefehle erlassen und eine Anzahl Geldstrafen verhängt.

Angestelltenfreik in Dresden. In Dresden sind die Angestellten des Großhandels und der Industrie in den Streik getreten. Die Streikleitung hat beschlossen, daß auch die Firmen des Lebensmittelhandels unter den Beschluß fallen, mit der Begründung, daß gerade durch den Ausstand der Angestellten des Lebensmittelhandels eine Bewilligung ihrer Forderungen und eine schnelle Beendigung herbeigeführt würde.

Allgemeine Amnestie in Oesterreich. Am Schluß der letzten Tagung der Nationalversammlung hatte der Präsident verkündet, daß die nächste Sitzung auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden solle und daß eine solche nur abgehalten werden würde, wenn es notwendig sei. Diese Notwendigkeit hat sich nun herausgestellt, da die Absicht aller Parteien dahin geht, am 12. November, dem Tag der Proklamierung der Republik, eine allgemeine Amnestie zu erlassen, was nur im Wege des Gesetzes geschehen kann. Infolgedessen ist die Nationalversammlung heute zusammengetreten.

Polen vor der Revolution

Wenn nicht alles trügt, steht Polen am Vorabend der Revolution.

Die jahrhundertelange nationale Unterdrückung Polens schuf einen günstigen Boden, auf dem allerlei reaktionär-chauvinistische Strömungen emporwuchern konnten. Diesen reaktionären Einflüssen haben sich auch die arbeitenden Massen nicht voll entziehen können. Der Nationalismus war Trumpf, und mit seiner Hilfe gelang es den besitzenden Klassen, die Massen vor ihren Wagen zu spannen.

Run beginnt allmählich der nationalistische Taumel zu versiegen. Langsam aber sicher vollzog sich eine Revolutionierung der Massen und in letzter Zeit scheint dieser Prozeß ein rascheres Tempo annehmen zu wollen. Die sich immer vermehrenden und an Ausdehnung zunehmenden Kriegsschauplätze des neu entstandenen polnischen Staates, die den Massen gewaltige Blutlasten auferlegen, tragen zur Beschleunigung der Revolutionierung bei. Denn auch die rückständigsten Schichten müssen jetzt einsehen, daß es bei all diesen Kriegen nicht um die Befreiung des polnischen Volkes geht, wie man es den Massen einzureden versuchte, sondern um die schamloseste Unterdrückung anderer Völker. Die in den Bahnen krassesten Imperialismus gerichtete auswärtige Politik Polens wirkt daher aufrüttelnd auf die Massen.

Nicht minder aufrüttelnd wirkt auch die innere Politik der polnischen Regierung. Die revolutionär gesinnte Arbeiterschaft und ihre Wortführer werden in Polen in der rückständigsten Weise verfolgt. Die Kommunisten sind in Polen — genau wie in Deutschland — vogelfrei. Die kommunistische Partei ist zur Illegalität verdammt. Ihre Mitglieder füllen die Gefängnisse oder, was häufig genug geschieht, werden kurzerhand erschossen. Aber noch nie in der Geschichte haben derlei Maßnahmen eine Bewegung auf die Dauer zu unterdrücken vermocht. Und dasselbe wiederholt sich in Polen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter entladet sich in großen Streiks, so letzters im Dombrowa-Rayon, diesem polnischen Ruhrgebiet.

Die soziale Lage der arbeitenden Massen ist furchtbar. Lebensmittelnot in den Städten und den Industriezentren, gewaltige Arbeitslosigkeit, wucherische Preise. Die Besitzenden, für die das Geld keine Rolle spielt, können sich natürlich alles kaufen, während die Massen darben müssen. Das wirkt aufreizend. Der Krieg mit den Kriegsgewinnen auf der einen, dem gesteigerten Elend auf der andern Seite verstärkt diese Kontraste. Die Massen verlangen immer stürmischer die Einstellung des Krieges gegen Sowjet-Rußland.

Die polnische Regierung scheint selbst zu fühlen, daß sie aus eigener Kraft diesem Ansturm nicht gewachsen ist. In diesem Zusammenhang ist eine Auslassung des Kurier Poranny, ein Blatt, das der Regierung sehr nahe steht und von ihr oft als Sprachrohr benutzt wird, sehr bezeichnend. Dieses Blatt schrieb am 23. September u. a.:

„Infolge des Drucks, der von der linken Presse auf die Regierung ausgeübt wird, um dem Krieg im Osten ein Ende zu machen, wird uns folgendes mitgeteilt:

Durch den Kampf im Osten retten wir Polen vor dem Bolschewismus. Der Bolschewismus, rein politisch betrachtet, ein verkappter Imperialismus, ist das einzige Mittel, Polen wieder an Rußland auszuliefern. Einen schlechten Dienst erweist daher Polen der, welcher die Zurückziehung des Militärs aus dem Osten fordert. Es sind aber noch andere Gefahren da: der kommende Winter wird sicher einer der schwersten aller Kriegswinter werden. Ganz Europa droht ein Kohlenhunger, es ist deshalb mit Schwierigkeiten in der Industrie und in der Verpflegung zu rechnen; es wachsen die Tendenzen zu Agrar- und Industrietreiks. Der Ausbruch des Kommunismus oder Halb-Kommunismus in Polen — das ist der Weg für die Verschmelzung mit Rußland. . . . Wir verteidigen uns gegen den Bolschewismus, aber wir verteidigen gleichzeitig auch Westeuropa. Die Regierungen der Entente schließen die Augen gegenüber der Tatsache, daß unser Geld auf den westeuropäischen Märkten ununterbrochen rinnt, trotzdem das Geld eine glänzende (?) Deckung hat. Die Regierungen der Entente wissen, daß unsere Soldaten im Osten keine Kleider haben, keine Schuhe, keine Heilmittel, sie haben weder warme Mäntel noch warme Wäsche für den Winter, die Entente weiß es, will aber nicht helfen. Das kann so nicht weiter gehen. Wenn wir keine Hilfe bekommen, werden wir gezwungen sein, den Krieg im Osten einzustellen und einen Waffenstillstand mit den Sowjets zu schließen.“

Diese Auslassung bedeutet: wenn wir keine Hilfe von außen bekommen, sind wir nicht mehr in der Lage, den europäischen Gendarmen zu spielen.

Der Krieg Polens hindert nicht nur den Wiederaufbau der schon ohnehin ruinierten polnischen Wirtschaft, sondern treibt diese Wirtschaft dem endgültigen Ruin entgegen. Hören wir, was der polnische Finanzminister Bilinski, der die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens kennt, zu sagen weiß: (Beiläufig bemerkt, es ist derselbe Herr Bilinski, dessen verbrecherische Rolle als österreichischer Minister im Juli 1914 bei der Entfaltung des Weltkrieges durch das jüngste österreichische Rotbuch aufgedeckt wurde.)

Der Finanzminister stellte in seiner Rede im polnischen Landtage (Sitzung vom 3. Oktober) nach Berichten polnischer Blätter die schlechte finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes fest. Sämtliche Staatsausgaben seien in diesem Jahre gewaltig gestiegen. Sie betragen 8 Milliarden und 650 Millionen Mark gegenüber 3 Milliarden und 890 Millionen Mark im Vorjahre. An der Spitze marschieren das Kriegsministerium, das statt knapp 2 Milliarden im Vorjahre jetzt 5,5 Milliarden verlangt. Die Ausgaben des Finanzministers stiegen von 129 Millionen auf 220 Millionen; der Staatsbahnen von 514 Millionen im Vorjahre auf 1049 Millionen; Ministerium für Kultur und Bildung von 78 auf 300 Millionen; Post und Telegraphen statt 52 auf 131 Millionen; das Präsidium des Ministerrats beansprucht statt 18 Millionen im Vorjahre jetzt 79 Millionen usw.

Den Staatsausgaben in Höhe von 8,65 Milliarden Mark stehen Einnahmen gegenüber in Höhe von nur 1,078 Milliarden, mithin bleibt ein Defizit von mehr als 7,5 Milliarden.

Es sei bemerkt, daß das Budget sich nur auf Kongreß-Polen (ehemaliges Russisch-Polen) bezieht und nur für neun Monate vorgesehen ist, die anderen Teile Polens sind hierbei nicht berücksichtigt.

Das ist ein so schreckliches Mißverhältnis — rief der greise Finanzminister aus — daß kein Staat der Welt in der Lage ist, derartiges längere Zeit zu ertragen. — Zu diesem Defizit gesellten sich die kolossalen Zahlen der Staatsschuld, die Polen während der kurzen Dauer seiner staatlichen Existenz schon gemacht hat.

Die Schulden sind vor allem dem Kriege zu verdanken. Jeder Tag des Krieges kostet uns — erklärte der Minister — 20 Millionen Mark. „Wir wollen Krieg führen,“ fuhr er fort, „und die notwendige Ausrüstung fehlt vollständig. Die Soldaten gehen nackt, barfuß und hungrig einher.“ Alles müsse im Auslande gekauft werden zu teuren Preisen. Für das Geliehene müsse man Zinsen zahlen. Wir liehen überall, in allerlei Valuten, und bereits jetzt erreicht die Höhe der Staatsschulden neun Milliarden Mark, wovon 6 Milliarden ausschließlich für Kriegsbedarf in Frage kommen. Die Schulden seien so groß und mannigfaltig, meinte der Minister satirisch, daß er bei der Uebernahme des Finanzministeriums nicht feststellen konnte, wo und wie man etwas schulden.

In bezug auf die Valuta stellte der Minister fest, daß Polen sich in einem viel schlechteren Zustande befinde als die Nachbarstaaten. Schätzungsweise befinden sich in Polen etwa 15 Milliarden Banknoten in verschiedener Währung im Umlauf. Bisher sei es noch nicht gelungen, eine einheitliche Währung einzuführen. — Dank den Kriegsfolgen sei der wirtschaftliche Zustand des Landes überaus traurig. Galizien sei vollständig verwüstet, aber auch Kongreß-Polen befinde sich in keinem besseren Zustande.

So sieht das Bild der wirtschaftlichen Zustände in Polen aus, wie sie selbst die Regierung schildert. Was wunder, wenn die Unzufriedenheit der Massen immer mehr wächst.

Und was weiß die Regierung dem entgegenzusetzen? Der erzreaktionäre Finanzminister will sich aus der finanziellen Not helfen durch Errichtung eines Monopols auf Spirituosen und indirekte Steuern, auf die notwendigsten Verbrauchsartikel. Und die Regierung überhaupt? Der Innenminister Herr Wojciechowski, der in Abwesenheit des Premierministers Paderewski die Programmrede der Regierung im Landtag hielt, klagte darin über mangelnde Unterstützung der Regierung von seiten der Bevölkerung. Das Volk, jammerte er, sei dank der langen Knechtschaft gewöhnt, gegen die Regierungsgewalt aufzutreten, und die jegliche Regierung werde sowohl von rechts wie von links bekämpft. Man glaube, der Landtag müsse über alles kommandieren und die Regierung habe nur die Befehle des Landtages auszuführen. Das müsse unbedingt geändert werden, es könne nicht so weiter gehen. Es müsse eine führende, starke Hand sein, und diese Hand könne keine

Kollektive sein. Einer müsse der Führer sein. Polen brauche eine Verfassung, aufgebaut auf folgende Grundlagen:

Ein Staatsoberhaupt, gewählt durch ein Plebiszit, das die Regierungsgeschäfte selbständig zu führen habe, neben ihm eine besondere Einrichtung zur Wahrung der Geseze und dazu eine gesetzgebende Volkskammer.

So sprach der Minister im Landtag und der kurze Sinn dieser Rede ist: Polen brauche eine Diktatur, um mit den widerstrebenden Massen fertig zu werden.

Das Memorandum der Grundbesitzer, Händler und Fabrikanten hatte Erfolg. Die Herren Kapitalisten diktierten und die Regierung folgt. Aber damit werden die Hungerigen nicht satt, die Frierenden nicht erwärmt, die Arbeitslosen nicht mit Arbeit versehen, kurz, das Elend nicht gelindert. Den Massen bleibt nur ein Mittel: kraftvoll das Joch dieser räuberischen Bande abzuschütteln und "das Schicksal in eigene Hand zu nehmen.

Daß diese Erkenntnis bei den polnischen Arbeitermassen immer mehr durchbricht und die revolutionäre Stimmung bei ihnen im Anwachsen begriffen ist, beweist die jüngst in Warschau stattgefundene Konferenz der P. S. P. (Polnischen Sozialistischen Partei) für den Warschauer Rayon. Diese Konferenz der Sozialverräter mit Daszynski an der Spitze sprach sich, offenbar unter dem Druck der revolutionären Stimmung der Massen, für die Einstellung des Krieges im Osten (der Name Sowjet-Rußland wird ängstlich vermieden) und für die Verankerung der Arbeiterräte in der neuen polnischen Verfassung als legale Vertretung der Arbeiterklasse in Polen aus.

Wir wiederholen: Polen steht vor Umwälzungen von größter Tragweite.

Politische Rundschau

Deutschland

Die „öffentliche Meinung“

während der Kriegsjahre

Kapitän z. S. Persius unterzieht im Berliner Tageblatt die U-Boot-Politik Ludendorffs, durch die England in drei, längstens in sechs Monaten zum Frieden gezwungen werden sollte, einer vernichtenden Kritik. Ludendorff hätte, wenn er nicht „seine Berechnungen vertrauensvoll auf Angaben aufgebaut hätte, die den Stempel der Unwahrheit und Unwirklichkeit an der Stirn tragen“ den Ansturm einer Auslieferung Englands einsehen müssen. Bernstorff, der das Land der unbegrenzten Möglichkeiten kannte, sei mit ungeduldiger Geste beiseite geschoben worden. Bernstorff habe gesagt, ihm sei von Berlin die Nachricht gegeben worden, die „öffentliche Meinung“ verlange die Ausführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Wie aber stand es um diese „öffentliche Meinung?“ Persius sagt darüber treffend:

Jede zu ruhiger Prüfung der Sachlage mahnende Stimme wurde unterdrückt — mit den rigorossten Mitteln! — jede die wildesten Hoffnungen aufstachelnde Sudelei mit Wollust zur Veröffentlichung freigegeben. . . Die öffentliche Meinung während des Krieges wurde lediglich in jener übel beleumundeten Pressekonferenz gemacht. Dort in dem Saale des Reichstagsgebäudes, der im zweiten Stock nach dem Königstempel zu liegt, wurde an jedem Vormittag von den Gewaltigen der verschiedenen Ämter den Vertretern der Presse das zur Veröffentlichung anbefohlene, was am Nachmittag — gehorsamst von den Redaktionen aufgenommen — in den Zeitungen zu lesen war, und vom deutschen Volk geglaubt wurde. Fast jedem Widerstand brach der allmächtige Wille des Militarismus das Rückgrat.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

14]

Wer weiß, wenn Rosalinde in ihrer selbstsicheren Art an jenem Abend ihn nicht nachdrücklich darin bestärkt hätte, diese Mahnungen in den Wind zu schlagen — wer weiß, ob diese grauenvolle Sache mit der Herta Hecker heute nicht anders hätte enden können. Auch sie — dieses blonde Grissetchen hatte er nicht mit Sammetpfoten heute angefaßt. Ach nein — mit Kutentrieben war er über sie hergefallen, hatte ihr die Kleider vom Leibe gerissen und wie ein mittelalterlicher Henkersknecht die junge, nackte Hege gestäubt, daß der umstehende Pöbel grausame Lust genoss. . .

Auf der mit purpurnen Läufer belegten Treppe blieb Jordan plötzlich stehen, riß den Zylinder vom Kopf und stöhnte laut: „O Gott, mein Gott. . .“

„Matthias! Matthias!“

Rosalinde rief angstvoll von oben.

Ein namenloses Leiden zeigte sich im Augenblick in Jordans Zügen.

Wieder belauscht, wieder ausgehört, wieder ausgespioniert!

Da stand sie oben in der geöffneten Entree und lauerte an der Treppe auf sein Kommen.

Nie — niemals ließ er sich je dazu hinreißen, bei körperlichen oder seelischen Bedrängnissen einen Laut von sich zu geben. Diesen einen Seufzer, den er in der schweigenden Stille des leeren Treppenhauses im Drang seiner Erregtheit ausgestoßen, sie hatte auch ihn erlauscht, schon erhascht — und nun kam sie die Treppe herunter, ihm entgegen, um den Tribut seiner Beichte sofort entgegenzunehmen, auf der Stelle seine Seelenwirrnisse unter ihr Mikroskop zu bringen.

Er, Jordan, stand nicht wie seine Verbrecher unter zeitlich begrenzter, nein, er stand unter lebenslänglicher Polizeiaufsicht und war nicht Herr und nicht Hüter über irgendeine noch so heimliche Regung seines Empfindungslebens. Aber was er heute durchlitten, das sollte sein Eigen bleiben, sein unbeschneideter Eigenbesitz. Seine alleinige Angelegenheit. Eiserne Riegel schob er vor dieses Erlebnis, verschloß es hinter Panzertüren seines unverbrüchlichen Schweigens und versenkte es in Tiefen der Verschlossenheit. . .

Langsam stieg er die Treppe hinauf, den Hut in der Hand.

Da kam seine Frau ihm schon entgegen: „Was ist dir, Matthias? Bist du krank? Ist dir was zugestoßen? Ich

Es ist aber wertvoll, diese Tatsachen wieder einmal in Erinnerung zu bringen. Umso mehr, als in der nationalistischen Presse immer aufs neue die kriegs- und siegeshoffnungsfrohe Stimmung von damals gefeiert und aufs neue herbeigeföhnt wird. Es war eine auf Lug und Trug begründete und mit militärischen Gewaltmitteln künstlich aufrecht erhaltene Stimmung. Mit solchem Lug und Trug möchte man das deutsche Volk aufs neue überziehen, woran nicht gesagt sein soll, daß die heutige Regierung sich der Öffentlichkeit gegenüber von Lug und Trug freigehalten hatte, denn wir kennen auch diesen Text und seinen Verfasser.

Amnestie für die Opfer der Revolution

Der Jahrestag der Revolution steht vor der Tür. Als am 9. November v. Js. der Umsturz erfolgte, wurde er von Millionen als das Morgenrot einer besseren Zukunft begrüßt. Aber all die großen Erwartungen wurden bald elend zunichte gemacht. An Stelle des Krieges mit den feindlichen Heeren trat der Krieg gegen das revolutionäre Proletariat. Zu Tausenden ist es zusammengeschossen, zu Abertausenden in die Gefängnisse gesteckt. Noch heute wüthet die Hag weiter.

Noch immer schmachten Tausende in den Gefängnissen als politische Sträflinge, als Untersuchungs- oder Schubhaftgefangene. Die Regierung denkt nicht daran, die wegen ihrer politischen Betätigung hinter Gefängnismauern Gebannten zu amnestieren. Um so energischer muß die Bevölkerung, die nicht in den reaktionären und feindschaftlichen Bahnen der Regierung und ihrer Hintermänner wandelt, den

Ruf nach Amnestie

erheben. Der 9. November bietet die beste Gelegenheit dazu. Einmütig muß das Volk protestieren gegen die Politik der Einfrierung, der für eine bessere Zukunft Deutschlands Kämpfenden. Einmütig muß der Ruf erschallen:

Gebt die Opfer des revolutionären Kampfes frei!
Gebt die Freiheit denen wieder,
die für die Freiheit gekämpft und leiden!

Schulstreik

Die Hamburger Volkszeitung schreibt:

„Der Elternrat von sechs Eppendorfer Volksschulen hat den Schulstreik beschlossen, weil eine der schönsten Schulen Hamburgs, in der Erikastraße, die während des Krieges als Lazarett diente und jetzt mit einer Summe von 100.000 Mark wieder instand gesetzt ist, mit Militär belegt werden soll. Das Angebot des Elternrats, für Militär alte Schulen zu benutzen, wurde abgelehnt. Zwei scharfe Resolutionen, die zum Streik auffordern, wurden angenommen.“

Es ist zum Heulen. Vor dem Kriege reichten die Kasernen vollkommen aus, um das Militär zu beherbergen. Heute aber, wo der Militarismus angeblich am Boden liegt, wo der Militarismus nach den Friedensbedingungen aufs äußerste eingeschränkt werden soll, muß man neben den Kasernen auch noch die Schulen belegen, um die militärischen Massen zu beherbergen. Sozialistische Republik.“

Die Kleber

In den glorreichen Januar Tagen, als die neu in den politischen Strudel hineingerissenen noch steuerlos unhertrieben, als der Kampf gegen die bösen Unabhängigen von diesen noch wehrlos ertragen werden mußte, weil der Mangel einer eigenen Presse den Nutznießern der Revolution das Profeytenmachen so sehr erleichterte, haben die Verteidiger des Kapitalismus die revolutionären Parteien an die Wand drücken können. Jetzt bangt man vor der mit Sicherheit zu erwartenden Schwächung ihrer Positionen bei stattfindenden Neuwahlen. Am liebsten möchte man die gegenwärtige Nationalversammlung verewigen.

Die Berliner Volkszeitung bringt eine Skizzierung der wichtigsten der augenblicklich in Vorbereitung befindlichen „Justiz-Reformen“, von denen die eine „Vollreform des Strafprozessrechts“ im Frühjahr der Nationalversammlung zugehen soll. Woraus hervorgeht, daß man vor der Hand

habe ins Kriminalgericht telephonieren lassen, zu hören, wo du bleibst. Es ist ja so spät geworden — und nun stöhnst du — wie ein Kranter! . . .

Er hatte den Hut wieder aufgesetzt und streckte seiner Frau die Hand entgegen.

„Nichts, Linda,“ lächelte er, „es ist nichts. Die Sitzung dauerte lange. Ich ging zu Fuß nach Hause.“

Rosalinde nahm im Entree ihm Altkennmappe, Stock und Hut aus der Hand, zog ihn unter das elektrische Licht und prüfte seine Züge.

„Du fühlst dich unwohl, Matthias?“

„Keine Spur. Mir ist nichts.“

„Weshalb stöhnst du auf der Treppe?“

„Ich weiß nichts davon.“

Betroffen sah sie ihn an, aus ungläubigen Augen. Sie schüttelte den grauen Kopf.

„Bist du unterlegen? Wurde der Angeklagte freigesprochen?“

Er lachte heraus. Es klang schrill und häßlich. Er klatschte in die Hände.

„Nein, liebste Frau! Ein Jahr Zuchthaus und fünf Ehrverlust! Sieg auf der ganzen Linie!“

„Na also,“ sagte Frau Rosalinde, ein Lächeln der Gemühtung um die schmalen, blutleeren Lippen.

Welch ein Haus, dachte Jordan, Welch ein Haus! Der Herr bringt ein Jahr Zuchthaus wie eine Siegestrophäe heim — und nun kann das Festmahl beginnen.

„Du hast doch hoffentlich schon gespeist?“

„Wo denkst du hin, Matthias! Ich habe gewartet. Freilich wird das Roastbeef zum Teil verdorben sein. Konntest du nicht telephonieren, daß du später kommen würdest?“

Er lachte wieder so schrill und unheimlich.

„Du milde Christin,“ sagte er leise, als spräche er mit sich selbst, „Rosalinde, die du die Menschen liebst und in sozialen Werken der Fürsorge nicht müde wirst, in ihrem Dienst zu schaffen, soll ich an meine Suppe denken, wenn andere um Ehre und Leben bangen? Darf ich mich um den Braten sorgen, wenn eben ein Hausstand einstürzt und eine ganze Familie den bürgerlichen Tod erduldet?“

Sie sah ihn starr an.

„Du hast recht,“ sagte sie. „Aber was ist mit dir?“

Er überhörte die Frage, oder er tat nur so, ging in sein Toilettenzimmer und wusch sich. Der Diener kleidete ihn um. Nach fünf Minuten erschien Jordan im tadellosen Gebrod und blütenweißer Wäsche am Mittagstisch. Nach dem Gebet fragte Rosalinde: „War es denn heut ein so besonderer Fall?“

an eine Neuwahl! garnicht denkt. Eine „Vollreform des Strafprozessrechts“ wird aber auch eine ganze Reihe von Sitzungen ausfüllen, so daß dem Frühjahr leicht der Sommer folgen kann, ohne daß die Nationalversammlung die „Fülle ihrer noch zu erledigenden Arbeit“ vollendet hat. Vielleicht hat man bis dahin auch wieder einige Vorlagen zusammengeschuftert, die dann ebenfalls der Erledigung durch die Nationalversammlung harren. Und so weiter bis ins Unendliche.

Den Herren scheint nachgerade doch aufzudämmern, daß bei einer Neuwahl das Gesicht der Volksvertretung eine Reihe anderer, ihnen unangenehmerer Züge aufweisen wird. Und vor dieser Unannehmlichkeit möchten sie sich so lange wie möglich bewahren. Deshalb die ewig sich fortsetzende selbstherrliche Verlängerung des Mandats. Aber wehe dem, der daran Zweifel zu äußern wagt, daß wir im freiesten Lande der Welt leben.

Die Münchener Post fordert den Rücktritt der mehrheitssozialistischen Regierung

Der Konflikt in München aus Anlaß der Revolutionsfeiern unter militärischer Aufsicht verschärfte sich weiter. Eine Meldung der Telegraphen-Union aus München lautet: Der Konflikt, der zwischen den Organisationen der Münchener Arbeiterschaft und den militärischen Stellen infolge des Erlasses des Truppenkommandos der Reichswehr ausgebrochen ist, hat noch keine Lösung gefunden. Durch das Truppenkommando waren in einer unnötig schroffen Form und in der Kommandoform vergangener Zeiten für die Abhaltung der Revolutionsfeier Einschränkungsbestimmungen erlassen, Versammlungen wurden nur in geschlossenen Räumen und ausschließlich für den Vormittag des 9. November genehmigt. Die sozialdemokratische Partei hatte daraufhin gegen die Militärdiktatur schärfsten Protest erhoben, und die Unabhängigen hatten für den 7. November, der für Bayern als Gedenktag der Revolution zu gelten hat, den Demonstrationsstreik angekündigt. Die Vorstellungen, die von den Arbeiterorganisationen bei den militärischen Stellen erhoben wurden, haben das Truppenkommando, wie es mitteilt, nicht veranlassen können, von seinen durch reichliche Ueberlegung verfügten Maßnahmen abzugehen. Die Behauptung, daß die Verfügung ohne jede Besprechung oder Verständigung mit der zuständigen Regierungsbehörde ausgesprochen sei, sei selbstverständlich vollkommen aus der Luft gegriffen. Dieser Darstellung gegenüber stellt die Münchener Post fest, daß weder der Ministerpräsident noch der in erster Linie zuständige Minister des Innern von der Verfügung in Kenntnis gesetzt wurde, sie also auch nicht gebilligt hätten. Der sozialdemokratische Minister des Innern sei zur Zeit des Erlasses von München abwesend gewesen. Ein Ministerrat beschäftigte sich nun mit der Angelegenheit. (Und billigte das Vorgehen der militärischen Machthaber. Red. Volksstimme.) Inzwischen hat eine Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei die Vorstandtschaft beauftragt, durch Ausnutzung aller Möglichkeiten die Zurücknahme des Erlasses zu erreichen.

Die mehrheitssozialistische Münchener Post konstatiert die „Einheitsfront des Münchener Proletariats gegen die Militärdiktatur“ und fordert den Rücktritt einer Regierung, die derartige ertrage. Die Gewerkschaften drohen mit dem Generalstreik und haben bereits eine darauf hingerichtete Entschließung angenommen. Auch die Betriebsräte haben sich dem Protest angeschlossen. Sie schlagen für die Feier den 8. November vor.

Allgemeiner Metallarbeiterstreik in Berlin

Die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter hat die Vorschläge der Unternehmer und auch die Vermittlungsvorschläge abgelehnt. Sie faßte folgenden Beschluß:

„Die Generalversammlung beauftragt die Fünfzehner-Kommission, nochmals den Arbeitgebern den Willen der Generalversammlung zum Ausdruck zu bringen, daß an eine Aufnahme der Arbeit nur gedacht werden könne, wenn der Arbeiterschaft die Rechte wieder gewährt werden, die sie vor dem Eintritt in den Streik gehabt hat.“

Die Folge dieses Beschlusses ist, da die Unternehmer nicht

„Nicht im geringsten. Im Gegenteil. Durchaus der übliche.“

„Aber du ist ja nichts.“

Jordan schob die Artischoden auf seinem Teller zurück.

„Keinen Hunger.“

„Hast du gefrühstückt?“

„Nein.“

„Seit heute früh um neun, seit dem Kaffee und dem Brötchen nichts gegessen?“

Er schüttelte den Kopf.

„Dann bist du krank.“

Er stampfte mit dem Fuß auf, hob die Faust, als wollte er auf den Tisch schlagen, ließ sie aber wieder sinken, als schämte er sich.

Rosalinde fuhr hoch und sah ihn mit entsetzten Augen an.

„Verzeih,“ sagte er. Er war blaß geworden. „Ich habe einfach keinen Hunger. Das kann doch sein.“

Sie schenkte ihm ein Glas Apollinaris ein. Er schob es zurück. Dann griff er nach der Birne der elektrischen Glocke. Der Diener kam.

„Eine Flasche Deuz-Geldermann im Eiskübel!“

„Sekt? Heute?“ fragte Rosalinde.

„Ja! Wenn man nicht essen kann, dann muß man trinken!“

Die Platte mit dem Roastbeef kam. Er nahm ein kleines Stück und zwang es hinunter.

„Matthias, deine Nerven sind mitgenommen. Wir wollen den Arzt fragen, ob du nicht Urlaub nehmen sollst.“

„Urlaub? was fällt dir ein?! Ich bin erst kaum fünf Wochen von der Reise zurück. Urlaub — jetzt — vor der Beförderung. Ich weiß nicht, wie du dir das denkst.“

„Die Gesundheit ist die Hauptsache. Wenn sie es erfordert, dann nimmst du eben Urlaub, wann immer es nötig ist. Sieh Strachwitz an. Wenn dem der kleine Finger weh tut, meldet er sich krank. Nur du kennst keine Rücksicht auf dich selbst und reißt dich auf. Wer dankt dir das!?“

Der Sekt wurde gebracht. Jordan schenkte ein. Zwei Kelche füllte er. Rosalinde schob den ihren zurück.

„Trink,“ sagte er, „du mußt mittrinken, sonst — sonst schmeißt es mir nicht. Hier. Nimm. Wir wollen anstoßen!“

„Worauf?“ fragte Rosalinde.

Er lachte kurz auf, dann hob er das Glas.

„Auf Strachwitzens schwache Gesundheit! Wär der heut auf dem Posten gewesen, dann — —“

Er brach ab. Ein Schatten ging über sein Gesicht.

„Also denn — sollst leben, Linda! Sollst leben!“

(Fortsetzung folgt.)

nachgeben, ein rasches Anwachsen des Streiks. Soweit die Lage gegenwärtig bereits überblickt werden kann, ist der Streik in der Berliner Metallindustrie jetzt allgemein. Überall haben die Arbeiter, der Aufforderung der gestrigen Vertrauensmännerversammlung zufolge, geschlossen die Arbeit niedergelegt. Der großen Bedeutung bewußt, den diese letzte Phase des Kampfes ihrer Kollegen für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands bebringt, zögerten die bisher noch nicht am Streik beteiligten Arbeiter keinen Augenblick und traten in den Solidaritätsstreik.

Polen

Zustände in polnischen Gefangenenlagern

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschengeneratur hat das Internationale Rote Kreuzkomitee die schlimmsten Nachrichten über die Lage der Gefangenen in gewissen polnischen Lagern erhalten.

In Brest-Litowsk wurden die vier Gefangenenlager, welche im März 10 000 Mann, meist Ukrainer, beherbergten, von zwei Delegierten des Internationalen Roten Kreuzkomitees in Begleitung eines Sanitätsmajors der französischen Militärmission besucht. Am 11. Oktober befanden sich in den Lagern nur noch 4000 Mann. Anfang August starben bis 180 Gefangene täglich. Diese Lager waren eine wahre Totenstadt. Die Verluste wurden verursacht hauptsächlich durch Ruhr, Typhus und ungenügende Ernährung. Die Ueberlebenden sind in Lumpen gekleidet und ungenügend ernährt. Sie schlafen auf Holzdielen ohne Stroh und Decken.

Rußland

Denikins Schreckensherrschaft in der Ukraine

Aus Kamenez Podolskij wird gemeldet: Die ukrainische Regierung wendet sich an die Entente und an alle Staaten der Welt mit einer Rundgebung gegen das rücksichtslose Vorgehen Denikins gegen die Ukrainer. Die Rundgebung schildert die Vernichtung aller Rechte des ukrainischen Volkes und die Unterdrückung der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung durch die russische Freiwilligenarmee und erhebt dagegen energischen Protest. Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik, heißt es, hat die Hoffnung auf eine Verkündigung mit der russischen Freiwilligenarmee verloren und erwartet, daß die Ententemächte, welche dem General Denikin materiell helfen, die Unterjochung des ukrainischen Volkes nicht dulden werden. Die ukrainische Regierung fordert, daß die Ententemächte den General Denikin veranlassen, das Gebiet der Ukraine zu räumen, um dadurch dem ukrainischen Volke die Möglichkeit zu geben, in seinem Lande Ruhe und Ordnung herzustellen.

In und um Elbing

Außer Kommunalprogramm

Die nächsten Forderungen unseres Kommunalprogramms betreffen die Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes. Sie lauten:

Die gesamte gemeindliche wie private Wohlfahrtspflege ist einem Wohlfahrtsamt zu unterstellen, dessen Aufgabe die Jugendpflege und Fürsorgeerziehung, die Waisenpflege und die Armenpflege ist:

A. Jugendamt für Pflege und Fürsorge aufsichtsloser und gefährdeter Kinder und Jugendlicher bis zu ihrer Volljährigkeit.

1. Aufsichtslose Kinder

a) für noch nicht schulpflichtige: Kinderkrippen und Kindergärten,

b) für schulpflichtige: Kinderhorten.

2. Kinder und Jugendliche:

Fürsorgeerziehung in Heimen oder in Familienpflege nach erzieherischen und gesundheitlichen Grundsätzen nur unter Aufsicht von Ärzten, auch Nervenärzten, sowie von Mitgliedern der Gemeindevertretung.

B. Waisenpflege durch

a) Errichtung eines Vormundschaftsamts (Uebertragung der Generalvormundschaft auf fachmännisch gebildete, von der Gemeinde besoldete Beamte),

b) gemeindliche Waisenhäuser,

c) Ueberwachung der in Familienpflege befindlichen Waisenen durch gemeindliche Berufspfleger und -pflegerinnen.

C. Armenpflege durch

a) ausreichende Unterstützung der Armen,

b) Asyl für Obdachlose,

c) Wärmehallen.

D. Altersheime.

D. N. Nielsens Museum

Uns wird geschrieben: Eine Sehenswürdigkeit ist das zurzeit hier befindliche Panoptikum. Schon lange nicht mehr wurden anatomische Nachbildungen in dieser Reichhaltigkeit gezeigt. Abgesehen von einer großen Anzahl von Figuren, die die verschiedensten Völkerrassen in ihren Originaltrachten veranschaulichen, sind unter Glas weltbekannte Abnormitäten dargestellt, und hier nicht allein die Nachbildungen von bekannten Zwergen, sondern auch einiger Geburten, z. B. Einäugige, ein Kind mit vier Armen, ein anderes mit drei Beinen, verschiedene zusammengewachsene Zwillinge, usw. ja sogar eine Geburt mit drei Köpfen. Verständnis für die moderne Heilkunst erwecken einige veranschaulichte operative Eingriffe und sind zu diesem Zweck seziierte Körper in verschiedenen Lagen in Lebensgröße ausgestellt. Ganz besonders lehrreich finden wir die Sexualabteilung. Da zu den Folgen des Weltkrieges auch eine geradezu erschreckende Zunahme der Geschlechtskrankheiten gehört und in unzähligen Fällen von Ärzten festgestellt wurde, daß durch Unwissenheit und falsche Scham unzählige Menschen an Körper und Geist zugrunde gehen, während durch sachgemäße Aufklärung der katastrophalen weiteren Verfehlung der Menschheit vorgebeugt werden könnte, empfehlen wir gerade diese Abteilung zum eingehenden Studium. Der reiferen Jugend sollte unter verständnisvoller Führung hier Gelegenheit geboten werden, die schrecklichen Folgen ausschweifender Unzucht kennen zu lernen. Gerade unserer „Kriegsjugend“ tut es bitter not, daß in dieser Beziehung etwas für sie getan wird und wir können nur empfehlen, die gebotene Gelegenheit beim Schopfe zu nehmen, denn selten haben wir derartige Veranschaulichungen in dieser Reichhaltigkeit, rein anatomisch dargestellt, gesehen. — Geradezu erschütternd wirkt die figürliche Darstellung betitelt „Der Weg der Sünde“ in 7 Abteilungen. Vom glücklichen Familienvater durch den Alkohol zum Einbrecher und Mörder mit dem Ende auf dem Richtblock. — Wenn wir abschließend urteilen sollen,

so müssen wir sagen, daß man hier weniger, wie es bei derartigen Jahrmärkten der Fall ist, der Schaulust Rechnung getragen hat, sondern die Zusammenstellung mehr auf das Belehrende und erzieherisch Wirkende zugeschnitten ist. Aus diesem Grunde können wir es nicht unterlassen, ganz besonders empfehlend auf das Panoptikum hinzuweisen.

Zum Schneiderstreik

Nach der Fachzeitung der Schneider, dem Gewerkschaftsorgan, lauten die Forderungen der Zuschneider wie folgt:

Mindestgehalt für Zuschneider:

Das Anfangsgehalt für Zuschneider, die noch nicht ein Jahr lang als Zuschneider tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 650 Mk., 2. Klasse 550 Mk., 3. Klasse 500 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die mindestens ein Jahr lang als Zuschneider tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 700 Mk., 2. Klasse 600 Mk., 3. Klasse 550 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die mindestens zwei Jahre lang als Zuschneider tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 800 Mk., 2. Klasse 700 Mk., 3. Klasse 650 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider die länger als drei Jahre tätig sind, beträgt in der 1. Klasse 1000 Mk., 2. Klasse 900 Mk., 3. Klasse 800 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die länger als fünf Jahre tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 1200 Mk., 2. Klasse 1000 Mk., 3. Klasse 900 Mk.

Das Mindestgehalt für Zuschneider, die länger als zehn Jahre tätig gewesen sind, beträgt in der 1. Klasse 1500 Mk., 2. Klasse 1200 Mk., 3. Klasse 1000 Mk.

Hierbei ist es gleichgültig, bei welchem Arbeitgeber die vorgebacht praktische Tätigkeit als Zuschneider oder als Direktrice entwickelt worden ist.

Zuschneider, deren vorzeitige Gehälter die höchste Klasse übersteigen, sollen einen Zuschlag von 30 Prozent zu ihrem Gehalt erhalten.

Das Gehalt der Direktrizen beträgt 20 Prozent weniger als das der Zuschneider.

Das Gehalt der Werkstattmeister, Absteckzuschneider und Abzeichner soll 20 Prozent weniger betragen als das der Zuschneider.

Das Gehalt der Einrichter soll 30 Prozent weniger betragen als das der Zuschneider.

Diese Gehälter werden monatlich gefordert, Außerdem verlangen die Zuschneider eine Wirtschaftsbeihilfe und die Freigabe des Sonntags nachmittags.

Liste Baude

muß zur Stadtverordnetenwahl die Parole jedes Arbeiters werden. Sie muß die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich allein vereinigen. Parteigewissen, geht mit Eifer an die Arbeit! Klärt die Nachbarn und Werkstattkollegen im Wahlbezirke auf. Der 30. November muß zum Siegestag der U.S.P. werden. Nur Liste Baude

wird gewählt!

Eine Schlägerei auf dem Alten Markt

Ein Augenzeuge schreibt uns: Abends kurz vor 9 Uhr wurden aus dem Café Central zwei ältere Herren hinausgewiesen. Dem Anschein nach wollte einer der Herren seinen Hut holen und wurde dabei von einem Kellner des Cafés mit Gewalt daran verhindert. Blühschnell hatte der „Ober“ einen starken Spazierstock in der Hand, mit dem er auf den einen Herrn losschlug, bis dieser blutüberströmt taumelte. Nach dem Vorfall legte die Kapelle wieder mit dem Konzert ein. Auf mein Befragen, wie es zu diesem blutigen Zwischenfall gekommen, erzählte mir einer der beteiligten Herrn, daß sie Rasse trinken wollten, was der Kellner ihnen verweigert hätte und daraufhin sei es zu diesem Vorfall gekommen. Nachdem alles vorüber war, waren auch zwei Schutzleute zur Stelle.

Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 27. Oktober 1919 eine Verordnung erlassen, durch die die geltende Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in wesentlichen Punkten geändert wird. Die Verordnung bringt die näheren Bestimmungen über die Winterbeihilfe für besonders bedürftige Erwerbslose der großen Städte, die schon kürzlich angekündigt wurde. Sie enthält weiter die ersten Bestimmungen über eine produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, Maßnahmen der Gemeinden, die eine Entlastung der Erwerbslosenfürsorge bedeuten, mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu unterstützen. In den gleichen Gedankenkreis gehört die weitere Bestimmung, daß den Erwerbslosen die Erlernung eines neuen Berufes durch Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erleichtert werden kann. Auf der andern Seite bringt die Verordnung die Bestimmung, daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist, Gemeinden, die die zulässigen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten, die Reichsbeihilfe zu entziehen. Die gleiche Befugnis ist den Landeszentralbehörden für die Landesbeihilfe eingeräumt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bemerkt hierzu: „Die Verordnung vom 27. Oktober stellt den ersten Schritt zu einer gründlichen Durchführung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge dar, die von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden beabsichtigt wird. Auch diese Durchführung soll im Zeichen der produktiven Erwerbslosenfürsorge stehen. Die einschlägigen Fragen sind am 23. Oktober d. J. in einer Konferenz der Landesregierungen erörtert worden, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers in Berlin stattgefunden hat. Bei dieser Konferenz ist zugleich eine grundsätzliche Einigung über Maßnahmen erzielt worden, durch die die einheitliche Durchführung der Reichsverordnung, insbesondere die Beschränkung der Fürsorge auf den Personkreis für den sie bestimmt ist, gesichert werden soll.“

Achtet auf die Magistratsanzeigen!

Das Ernährungsamt weist wiederholt darauf hin, daß die in der Woche zur Verteilung kommenden Lebensmittel nur einmal am Ende der Woche in den Tageszeitungen veröffentlicht werden. Es dürfte sich deshalb empfehlen, die Bekanntmachungen aufzubewahren.

Elbinger Polizeinachrichten

In der vergangenen Nacht wurde bei der Firma Loewenthal das eiserne Gitter erbrochen und den Schaufenstern ein Besuch abgestattet. Den Dieben fielen eine Anzahl Herrengarderoben in die Hände. Nähere Angaben zur Aufklärung des Diebstahls werden auf dem Kriminalbureau, Zimmer 1, entgegen genommen.

Jugendliche Spigbuben haben wiederholt in dem Materialwarengeschäft, Bergstraße 1, Diebereien begangen. Gestern gelang es nun, einen Jungen von 13 Jahren festzunehmen. Entwendet sind wiederholt Zigaretten und Vekereien. Außerdem Beträge von 20 und 70 Mark.

Kleinmeistertum!

Ein Bäckergehilfe klagt seine Not in folgenden Zeilen: „Am 12. September d. Js. wurde ich von dem Bäckermeister B. in der Herrenstraße eingestellt. Nach vier Tagen erklärte er mir, den Tariflohn von 55 Mark wöchentlich nicht zahlen zu können. Er zahlte mir die ganze Herrlichkeit von 40 Mark. Davon sollte ich Kost und Logis bestreiten, sollte Kleidung und Wäsche kaufen. Da ich bei diesem Lohn nicht bestehen konnte, wandte ich mich an den Schlichtungsausschuß. Darauf setzte mich der Herr kurzerhand vor die Tür. Wie er sagte, hätte er mich nur eingestellt, weil er krank gewesen sei. Jetzt brauche er mich nicht mehr.“

Ostdeutsche Nachrichten

Gründerzeit in Danzig

Große industrielle Neugründungen sind in der letzten Zeit in Danzig erfolgt: u. a. eine Danziger Flugzeug- und Motorbau A. G. unter Führung des bekannten Hochschulprofessors Noël, der sich mit Professor Numund auch im Aufsichtsrat der neugegründeten Danziger Handels- und Industrie-Werke A.-G. befindet; das Grundkapital dieser Gesellschaft beträgt 300 000 Mark. Eine Handelsgesellschaft Ost wurde mit 100 000 Mark begründet, eine Danziger Textilvereinigung, die eine große Saafabrik in Danzig begründen will, mit 300 000 Mark Kapital. Ferner sind zu verzeichnen die Gründung einer Firma Baltische Stärkefabrik G. m. b. H., des weiteren einer Zweigstelle Danzig der Berliner Panzerwerke (Bau von Geldschranken), einer Eisenbahn- und Tiefbau A.-G. Brenner u. Co., ebenfalls der Zweig einer Berliner Gründung, einer Danziger Apothekerbank und einer Hansa A.-G. für Warenhandel Export und Import.

Die Abwanderung deutschen Kapitals nach dem „Ausland“ Danzig hat in den letzten Monaten riesigen Umfang angenommen. Die Danziger Banken und Sparkassen wissen buchstäblich nicht, was sie mit den eingezahlten Geldern anfangen sollen. Das unausbleibliche Ende wird ein großer Finanzkrach sein.

Beschlagnahmte Lebensmittel

Von dem Arbeiterrat in Marienwerder wurden in der vergangenen Woche 324 Pfund Schweinefleisch, 80 Pfund Rindfleisch und 48 Pfund Wurst beschlagnahmt. Der größte Teil der beschlagnahmten Waren sollte zu Phantastepreisen nach Berlin verschoben werden.

In Pr. Stargard wurden 120 Pfund Zucker, 27 Pfund Butter, 89 Pfund Schweinefleisch und 12 Pfund Wurst beschlagnahmt.

In Schönau wurden von der Bürgerwehr 27 Gänse, 6 Enten, eine Kiste mit Wurst und ein Sack Roggen beschlagnahmt. Diese Lebensmittel befanden sich in einem Wagen, der nach Bauenstein befördert werden sollte.

Streik bei der Westpreussischen Kleinbahn

Die Arbeiter der Westpreussischen Kleinbahn in Danzig sind ausständig geworden. Von den Handwerkern, geprüften Heizern, Stationswärttern und allen sonstigen ungelerten Arbeitern war der am 31. Oktober ablaufende Tarifvertrag gekündigt, weil die bisherigen Lohnsätze keineswegs mit den übrigen in der Privatindustrie gezahlten Löhnen Schritt halten. Die neuen Forderungen, die der Direktion eingereicht wurden, sehen für die gelehrten Arbeiter einen Stundenlohn von 1,90 bis 2,20 Mark, für die andern angelernten Gruppen einen solchen von 1,50 bis 1,70 Mark vor. Wenn man die heutige teure Lebenshaltung in Betracht zieht, so sind die Forderungen ganz gewiß recht minimal. Trotzdem setzte die Kleinbahndirektion diesen Forderungen den heftigsten Widerstand entgegen. So wurde der Streik unvermeidlich. Die angestellten Beamten verblieben mit Zustimmung der Organisationsleitung im Dienst.

Aus der Partei

Vom Parteitag

Der österreichischen Sozialdemokraten

Vom Parteitag unserer österreichischen Genossen, der in Wien tagte, wird gemeldet:

Der Parteitag wies den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts einer Kommission zu. Ueber das wirtschaftliche und soziale Aktionsprogramm berichtete Dr. Otto Bauer.

Das Aktionsprogramm fordert weiter Abbau der zentralen Bewirtschaftung unter bestimmten Voraussetzungen. Die Entwicklung neuer Industriezweige mit gemeinwirtschaftlichem Charakter sei zu unterstützen.

Einmütig wurde eine von Friedrich Adler beantragte Entschliessung angenommen, in der die Stellungnahme der sozialistischen Partei zur Internationale umschrieben wird. Unter Warnung vor übereilten Schritten auf internationalem Gebiet wird der Parteivorstand ermächtigt, den Senfer Kongress zu beschicken und gleichzeitig beauftragt, das Brüsseler Büro zu ersuchen, daß dieser Kongress mindestens ein halbes Jahr vertagt werde, da dadurch die Gewähr der fruchtbareren Arbeit bedeutend gesteigert würde.

Der Parteitag nahm ferner eine Sympathie- und Gebung für das vom Imperialismus bedrängte Sowjet-Rußland an sowie Kundgebungen gegen die Ausschreitungen des weißen Terrors in Ungarn und für die Befreiung der Kriegsgefangenen.

Demokraten

Der sozialdemokratische Verein Burghausen in Südbayern hatte in einer außerordentlichen Generalversammlung mit 154 gegen 6 Stimmen den Uebertritt von der rechtssozialistischen Partei in unsere Organisation beschlossen. Die Generalversammlung war statutenmäßig einberufen und durch öffentlichen Maueranschlag bekannt gegeben worden. Nach dem rechtssozialistischen Organisationsstatut waren also ihre Beschlüsse rechtsgültig und bindend. Die Abhängigen fordern nun in einem rechtsanwaltlichen Schreiben die Auslieferung der Kasse ihrer ehemaligen Ortsgruppe und drohen mit einer Klage, falls ihrem Verlangen nicht entsprochen werde.

Das ist echte demokratische Praxis! Sobald die „Demokratie“ bei den Abhängigen zu unangenehmen Beschlüssen führt, pfeifen die Herrschaften darauf und entblöden sich nicht, die Hilfe bürgerlicher Gerichte anzurufen. Wird ihnen das auch in diesem Falle wenig nützen, so zeigt sich darin doch erneut die Heuchelei der Leute, die bei jeder Gelegenheit von der Demokratie, dem Willen der Mehrheit schwärmen. Das demokratische Prinzip ist eben ihnen nur solange oberstes Gesetz, als es die Ansichten der verschiedenen Vorstände billigt und geeignet ist, die Unzufriedenheit aus dem bürgerlichen Lager zu Beitragsleistenden heranzuziehen! Für die Mitglieder hat es keine Geltung!

Gewerkschaftliches

Akkordarbeit auf Bremer Schiffswerften

Die Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Schiffswerften und deren Arbeiterschaft haben zu Einigungsvorschlägen geführt, die mit weitgehenden Zugeständnissen an die Arbeiterschaft verknüpft sind, dabei aber auch die Aufnahme der Arbeit nach Stücklohn in sich schließen. Von den Bremer Atlaswerken ist Ende der Vorwoche jedem einzelnen der streikenden Arbeiter ein Schreiben zugestellt worden, das die Einigungsvorschläge der Kommission enthielt und in dem neben der Ankündigung von 10 Prozent Lohnhöhung bei Akkordarbeit gesagt wird, daß die erhöhten Löhne bereits vom 23. September ab bezahlt werden sollen. Eine am Freitag abgehaltene Vorversammlung der Arbeiter der Atlaswerke zeigte starke Stimmung für Annahme der Einigungsvorschläge, und es steht zu erwarten, daß die Annahme der Akkordarbeit und die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Atlaswerken beschlossen wird.

Der Zusammenschluß der Kopf- und Handarbeiter

Vor kurzem fand in Halle eine Reichskonferenz von Angestellten und Arbeitern der Elektrizitätsindustrie statt. 68 Delegierte vertraten rund 10000 Arbeiter und 30000 Angestellte. Zweck der Zusammenkunft war die Herstellung einer einheitlichen Front aller Hand- und Kopfarbeiter gegen die kapitalistische Reaktion. Eine offizielle Vertretung des

Gewerkschaftsbundes wurde abgelehnt. Der Referent Schmidt sieht als wesentlichste Voraussetzung, um überhaupt zum Sozialismus zu gelangen, die Umbildung der alten Gewerkschaften an, eine Auffassung, deren utopischer Charakter den Delegierten noch nicht klar geworden ist. Ein anderer Referent glaubt die Arbeitgeberorganisation durch planmäßige wissenschaftliche Sabotage vernichten zu können. Ein Vertreter der regierenden Sozialdemokratie, der sich in die Versammlung verirrt hatte, erklärte, die Zusammenarbeit nur insoweit mitmachen zu können, wie es die Auffassung seiner Partei erlaube. Da die sozialdemokratische Partei die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital als Grundsatz verkündet, wird sie lediglich Spitzel- und Verräterdienste in der Arbeitsgemeinschaft der Hand- und Kopfarbeiter leisten können. Mit wütendem Gebelfer fällt der Vorwärts über diese Konferenz her. Die Angst vor einer Bewirklichung des sozialdemokratischen Erfurter Parteiprogramms ist so groß, daß der Vorwärts selber auf jede Kritik der Konferenz verzichtet. Wir begrüßen die Konferenz als eine Etappe auf dem Wege zur Vereinigung des hand- und kopfarbeitenden Proletariats.

Aus den Gerichtssälen

Ungehörig gegen die Staatsgewalt

Am Sonnabend standen vor der Leipziger Strafammer die Genossen Fichte als Redakteur der Leipziger Volkszeitung und Schöning als früherer Vorsitzender des Arbeiterrats, weil sie die Bevölkerung zum Ungehörig gegen die Staatsgewalt aufgefordert haben sollen. Als im April von der sächsischen Regierung über ganz Sachsen in gesetzwidriger Weise der Belagerungszustand verhängt wurde, trotzdem außerhalb Dresdens, wo unter der Herrschaft der Rechtssozialisten von erregten Kriegsinvaliden der Kriegsminister Neuring ins Wasser geworfen worden war, im ganzen Lande vollkommene Ruhe herrschte, da protestierten der Leipziger Arbeiterrat und die Leipziger Volkszeitung dagegen. Der Arbeiterrat, dessen Befugnisse selbst von den Behörden anerkannt wurden, erließ eine Bekanntmachung, durch die der Belagerungszustand der sächsischen Regierung für Leipzig als zu Unrecht bestehend erklärt wurde. Diese Bekanntmachung war auch in zwei bürgerlichen Blättern abgedruckt worden, aber nur gegen die Leipziger Volkszeitung wurde ihrerwegen eingeschritten. Genosse Fichte wurde zu vier, Genosse Schöning zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Von nah und fern

Butter als Wagenschmiere?

Immer unvernünftiger werden die Agrarier. Nicht nur der Stadtbevölkerung entziehen sie vor den Augen der Behörden die Lebensmittel, sondern auch die arbeitende Landbevölkerung erhält keine Lebensmittel. Wie roh und rücksichtslos diese Herren sich benehmen, das beweist eine Aeußerung, die der Gutsbesitzer Christian Panzer in Rempesgrün tat. Er sagte: „Die Butter, die ich erzeuge, esse ich selber. Ich liefere keine ab. Und habe ich noch welche übrig, so schmiere ich damit meinen Wagen.“ — Daß durch solches Gebahren die Spannung zwischen Einwohnern und Landwirten immer größer werden muß, darf niemand mehr wundern. Gätten wir wirklich eine Regierung, die die Interessen der Allgemeinheit vertritt, dann würden diese Herren nicht wagen, so verbrecherisch zu reden und schließlich auch zu handeln.

Heerestabak als Britettertsak

Die Süddeutsche Tabakzeitung vom 28. Oktober veröffentlicht eine Zuschrift der Hamburger Tabakfirma Linde-

mann u. Co., worin bedeutende Bestände von Heerestabak (Buchtaub) als Britettertsak empfohlen werden. Die Wirtschaftsgemeinschaft, welche die Heeresbestände erworben hat, hat den Zentner zu 3 Mark an die Fabriken abgegeben. Es wird bemerkt, daß diese festgepreßten Tabakpakete sich sowohl ihrer Form als auch ihres Inhalts noch ganz vorzüglich als Ersatz für Braunkohlentabak eignen.

Wenn der deutsche Galliset tafelt

Ein Bild aus dem „neuen“ Deutschland. Anlässlich eines Festmahls in Darmstadt beim Besuch von Ebert und Noske wurde folgende Speisefolge innegehalten:

Mittags: 1915er Hochheimer Raaber Ochsenschwanzsuppe Zanderschnitten, garniert mit Kartoffeln
Ochsenlende und Roastbeef mit verschiedenen Gemüsen
Torte

Abends: Nieder-Leulener Kupp Bodenheimer Westrum, Riesling
Radenheimer Engelsberg. Verschiedene Vorspeisen
Huhn auf Reis
Schweinebraten mit Champagnerkraut und Kartoffeln
Käseplatte mit Butter

Die Kosten, die aus diesem Proletarier-Festessen erwachsen, sind nicht gering. Das Hotel Traube erhielt für das Essen allein 4376 Mark. Den Wein stellte der heffische Staat. Es sind über 200 Flaschen besten Domänenweins gebraucht worden. Für Autos wurden 200 Mark bezahlt, für gärtnerische Ausschmückung 425 Mark.

Der Dank des Vaterlandes wendet für die gärtnerische Ausschmückung eines Festmahls das Bierfache der monatlichen Unterstützung einer Kriegerfrau auf!

Für die Hungrigen Pulver und Blei — für die Satten Schweinebraten mit Champagnerkraut!
Es lebe das neue Deutschland!

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,

frei Haus — von der Abholestelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 3. November bis 9. November 1919.

1. Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:

125 g Rindfleisch und 50 g Wurst,

2. Einfuhrzusatzkarte Nr. 17, Abschnitt C:

125 g amerikanisches Schweinefleisch, Preis M 1,09,

1 Pfund M 4,35.

Die Einfuhrzusatzkarte Nr. 17 C Abschnitt ist nur gültig bei gleichzeitiger Vorlage des dieswöchigen Abschnitts der Reichsfleischkarte. Damit ist die in den Händen der Fleischselbsterwerber befindliche Einfuhrzusatzkarte Nr. 17 Abschnitt C ungültig.

Elbing, den 6. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Marienburg

Nahrungsmittel-Verteilungsplan

für die Woche vom 10. bis 15. November 1919.

A. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittellkarte Nr. 69

1/2 Pfund Peluschkn

in sämtlichen Lebensmittelgeschäften.

B. Gegen Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittellkarte Nr. 69

1/4 Pfund Zitronenshrup

in den Geschäften von Bräh, Zereth Nachf., Günski, Sopp, Kluge, Moeller, Raddag, Wichowski, Wenf.

C. Ohne Voranmeldung auf Hauptnahrungsmittellkarte Nr. 70

2 Päckchen Süßstoff, Mf. 0,50 je Päckchen,

in den bekanntgegebenen Geschäften.

D. Gegen Voranmeldung auf Milchkarte A5, B5, C5

1/4 Pfund Nudeln

in den Geschäften Dyk Nachf., Humde, Warded.

Schluß der Voranmeldung: Freitag, den 7. November 1919.

Abgabe der Marken: Sonnabend, den 8. Nov. 1919, 10—12 Uhr.

Ausgabe der Waren an die Kaufleute: Montag, den 10. Nov. 1919, von 9—10 Uhr vom Speicher Steingasse.

Marienburg, den 3. November 1919.

Städtisches Ernährungsamt. — Arbeiterrat.

U. S. P. D., Elbing.

Freitag, den 7. d. Mts., abends 6 Uhr

Dringende Vorstandssitzung

im Parteibureau, Spieringstraße 21.

Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Die Parteileitung.

finden in der Elbinger Volksstimme weiteste Beachtung u. Verbreitung

Vergnügungsanzeigen

Nur eine ganz kurze Zeit zum Jahrmarkt am Marienburgerdamm.

Neu für Elbing! Zum ersten Mal hier!

Nielsens Museum

größtes wanderndes Wachsabinett enthaltend über 1000 Nummern, Gruppen und Figuren in Wachs, ausgeführt in natürlicher Größe.

2. große Anatomisch-pathologisch-embryologische Abteilung eine für Damen u. eine für Herren.

Das Museum ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreis: 2 Mark, anatomische Abteilung 1 Mark.

Alle, welche den Jahrmarkt besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses wissenschaftliche Museum zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Freitag u. Sonnabend Fleisch- und Wurstverkauf. Köchschlächterei Georgendamm 15.

Echtes Glycerin empfiehlt Drogerie Kurt Penner Heil. Geißstraße 31.

Zirkel 130—140 Ztr. Weißkohl, à Ztr. 6 Mk. hat abzugeben Automobilfabrik Rommitz, Betriebs-Arbeiter-Nat. Zu melden beim Portier.

Rasierseife vorrätig Drogerie Kurt Penner Heil. Geißstraße 31.

Friseurlehrling wird gesucht. Rattelsberger, Wasserstr. 53.

Eine schwarze Ledertasche am Montag gefunden. Abzuholen bei Mattern, Kolonie Trettenhof 15.

Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Abzuholen Krokowski, Johannistr. 30.

Stadt-Kino

Alter Markt 39 Von Freitag bis Montag: Zwei recht spannende Dramen

Ich habe Dich geliebt bis in den Tod Tiefgreifendes Drama in 4 Akten, sowie

Das Glück im Gulenhof Großes Kriminaldrama in 4 Akten. Mit bester Empfehlung

Rich. Schwarzkopf.

! Markenfrei ! Seden Donnerstag, Freitag und Sonnabend

prima fette Gänse ganz und zerteilt

Gänse-Kleinfleisch Gänse-Leber Gänse-Flomen Gänse-Pöckelfleisch Gänse-Schmalz prima geräucherte Gänse-Brüste prima geräucherte Gänse-Keulen empfiehlt

Curt Kuhn Telephon 265. Alter Markt 60

Eigene Bürstenfabrikation sämtlicher

Besen u. Bürsten Jede Anfertigung nach Wunsch. Kaufe jeden Posten Köpfbare.

A. Eichler, Heil. Geißstraße 41.

Elbinger Standesamt vom 6. November 1919. Sterbefälle: Fabrikarbeiter Michael Schirafowski, geb. Harwardt, 60 J. — Meisterwitwe Maria Rielau 1 G., 2 W. — Aufwärterin Katharina Sadowski, 39 J. — Konторistin Anna Klingenberg, 15 J. — Witwe Dorothea Döring